

# Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die Sächsische Schweiz

Amtsblatt für das Amtsgericht, das Hauptzollamt, sowie für den

Stadtrat zu Schandau und den Stadgemeinderat zu Sohnslein

Die „Sächsische Elbzeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Die Ausgabe des Blattes erfolgt nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: vierteljährlich 3 Mk., monatlich 1 Mk., durch die Post vierteljährlich 3 Mk. (ohne Bestellgeld). Die einzelne Nummer kostet 12 Pfg. Alle Postanstalten im Reich und im Auslande, die Briefträger und die Geschäftsstelle, sowie die Zeitungsboten nehmen jederzeit Bestellungen auf die „Sächs. Elbzeitung“ an.



Anzeigen sind bei der weiten Verbreitung der „Sächsischen Elbzeitung“ von gutem Erfolg. Annahme derselben nur bis spätestens vormittags 9 Uhr, größere Anzeigen am Tage vor dem Erscheinen erbeten. Ortspreis für die 6 gespaltene Kleinschriftzeile oder deren Raum 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg. (tabellarische und schwierige Anzeigen nach Uebereinkunft), Reklame und Eingefandt die Zeile 60 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Sieke.

Verantwortlich: Konrad Rohrlapper, Bad Schandau.

Fernruf Nr. 22. Telegramme: Elbzeitung. :: Postcheckkonto: Leipzig Nr. 34918. Gemeindevorstands-Girokonto Schandau 36.

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mitteldorf, Ostau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmilka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsisch-Böhmischen Schweiz.

Nr. 48 Bad Schandau, Donnerstag, den 10. April 1919 63. Jahrgang

## Bekanntmachung.

Steuerung des Tanzwesens.

Das Tanzwesen hat in letzter Zeit in einer Weise überhand genommen, die mit dem Ernst der Zeit und der Notlage unseres Volkes nicht in Einklang zu bringen ist. Es werden in großem Umfange von Vereinigungen, die lediglich zur Umgehung der Tanzvorschriften geschaffen sind, nicht genehmigte öffentliche Tanzvergünstigen unter dem Deckmantel nichtöffentlicher Tanzveranstaltungen abgehalten.

Gegen dieses Treiben wird in Zukunft mit strenger Strafe gegen Veranstalter und Tanzwirte, gegen letztere im Wiederholungsfalle unnachsichtlich mit Entziehung der Tanzkonzession eingegriffen werden.

Der unterzeichnete Stadtrat wird daher in Gemäßheit des § 12 der Verordnung des Ministeriums des Innern über Tanzvergünstigen vom 8. Dezember 1910 Tanzvergünstigen insbesondere dann als öffentliche, genehmigungspflichtige behandeln:

1. wenn öffentlich, d. h. ohne Namensnennung oder ohne nähere persönliche Bekanntheit eingeladen wird;
2. wenn ohne oder gegen Eintrittskarten jedermann — sei es auch nur aus einer oder mehreren Ortschaften oder nur aus bestimmten Personalkreisen — Zutritt hat. Als Eintrittskarten gelten auch sogenannte Mitgliedskarten von Vereinigungen, die zur Umgehung der Tanzvorschriften geschaffen sind,
3. wenn an Tanzstunden andere Personen teilnehmen, als auf einer von der Ortsbehörde beglaubigten Liste, die vorzulegen muß, angegeben sind.

Danach sind insbesondere als öffentliche Tanzvergünstigen anzusehen: Ortsbälle, Jugendbälle, Bälle im Anschluß an öffentliche Konzerte und sonstige Veranstaltungen, Jog. Musikerkränzchen, Bälle der unter 2. gekennzeichneten Vereinigungen und solche, die

von einzelnen zwecks Umgehung der Tanzregulativbestimmungen veranstaltet werden, ebenso aber auch Tanzveranstaltungen aller Vereine bei öffentlicher Einladung von Gästen und ferner sogenannte Tanzstunden, deren Leiter keine berufsmäßigen Tanzlehrer sind oder an denen Personen teilnehmen, die nicht in dem unter 3. genannten Verzeichnis eingetragen sind.

Schandau, am 8. April 1919.

Der Stadtrat.

## Lebensmittel betr.

Freitag, den 11. April:

Margarine bei Klemm, Haase, Hofmann auf Lebensmittelmarke Nr. 25 und Fettmarke A  $\frac{1}{8}$  Pfund, Preis 2.17 M. das Pfund.

Nährmittel werden Sonnabend ausgegeben. Näheres in der Freitag-Nummer d. Bl. Schandau, am 10. April 1919. Der Stadtrat.

Nach Anordnung der Reichsstelle für Gemüse und Obst ist den Herstellern von Örrgemüse auch in diesem Jahre das Örrren von Frühgemüse auf Grund der §§ 1 und 9 der Verordnung über die Verarbeitung von Gemüse und Obst vom 23. Januar 1918 (R.-G.-Bl. S. 46) bis zum 31. Juli 1919 untersagt. Ausgenommen von diesem Verbot sind die an den Frischmärkten verbleibenden Ueberstände von Frühgemüse, welche durch Trocknung vor dem Verderb geschützt werden müssen.

Dresden, am 9. April 1919.

799 V G 2

Wirtschaftsministerium.

Landeslebensmittelamt.

3830

## Kapuzinerpredigten.

In einer Überzeugung sind sie alle einig auf dem Rätekongreß in Berlin: es steht nicht schön aus in Deutschland. Niemand findet sich, der ein auch nur halbwegs zufriedenes Gesicht aufweist, man ergeht und erschöpft sich in gegenseitigen Anklagen und Beschuldigungen, und daß etwa Herr Reinert die Gefolgschaft von Richard Müller oder Herr Kaliski die ganz radikalen Kommunisten zu sich herüberziehen könnte, erscheint heutzutage unvorstellbarer als je zuvor. Jede Partei macht der anderen den Vorwurf, daß sie zur Gewalt, zu Bajonetten, Sandgranaten und Maschinengewehren ihre Zuflucht nehme, und daß darüber die Not des Volkes immer höher steige, und je länger dieser Kampf um die Macht andauert, desto grimmiger wird die Erbitterung, mit der die feindseligen Richtungen sich befehden. Man kann nicht gerade sagen, daß der erste Tag des Rätekongresses der Welt viel Neues gebracht habe: den Himmel möchten sie alle stürmen, ob sie nun der Fahne der Mehrheitssozialisten folgen oder zu Haase oder zu Ledebour aufschauen. Aber keiner verfügt über die hinreichende Macht der Berechnung, die nötig wäre, um die widerstrebenden Geister zu mächtiger Tat zusammenzuführen — und so kann auch aus dieser Tagung schwerlich eine heilungbringende Wirkung für unser krankes Volksleben herauskommen. Es wird anderer als Redefuren bedürfen, wenn wir über den Berg hinausgelangen wollen, der den Horizont unserer politischen Entwicklung augenblicklich immer noch versperrt.

Als die Hauptrede des ersten Sitzungstages darf man wohl diejenige des Mehrheitssozialisten Kaliski bezeichnen. Eine richtige Kapuzinerpredigt, die mit seinen eigenen Parteigenossen gar nicht viel akkomplicierter umsprang als mit Unabhängigen und Kommunisten. Alle hobt ihr verlast, wie Ihr hier steht und geht — das war der Grundton seiner ungemein temperamentsvollen Ausführungen. Der gewaltigen Aufgabe, die mit der Revolution an uns gestellt wurde, ist niemand gerecht geworden, niemand hat es verstanden, neuen Wein in die alten Schläuche zu tun, und so drehen wir uns ewig im Kreise und kommen nicht von der Stelle. Das Volk hungert nach neuen Ideen, nach neuen Schöpfungen, um sein Dasein endlich etwas wohllicher gestalten zu können, aber seine berechtigten Vertreter schlagen sich gegenseitig den Schädel ein und zerföhren noch den letzten Rest von Lebensmöglichkeiten, der uns bis jetzt verblieben ist. So ging es weiter im Text, und siehe da: der Mann fand auf allen Seiten des Hauses Zustimmung. Über gegnerische Burste, die sich durchweg auf sachlichem Boden hielten, wußte er seinen Faden unbeeinträchtigt fortzuspinnen, so daß man schließlich fast den Eindruck gewann, die Versammlung sei doch im Grunde eigentlich gar nicht so zerklüftet, wie sie selbst von sich zu glauben scheint. Indessen, das wäre doch wohl nur eine optische Täuschung. Einigkeit, jomgt sie herstellbar ist, kann unter diesen Männern nur in der Verneinung bestehen, nur in der Erkenntnis dessen, daß man bisher die Welt noch nicht gerade verbessert hat; wie es aber anders gemacht werden soll, um dem Volk endlich Brot statt Steine bieten zu können, darüber gibt es keine Verständigung. Die Bekämpfung des Räte-systems, die Herr Kaliski als Heilmittel für alle Nöte der Gegenwart in der Tasche trägt, bleibt immerhin fraglich. Was wir brauchen, sind tatsächliche Fortschritte, die, wenn

möglich von heute auf morgen, allen sichtbar und fühlbar den wirklichen Anbruch einer neuen Zeit einleiten. Nach ihnen haben wir bis jetzt vergeblich geschrien, und der Rätekongreß wird uns auch nicht den Frühling bringen.

Das Räte-system der Unabhängigen? Die deutsche Räterepublik? Da sind uns wenigstens die Bayern mit gutem — oder bösem — Beispiel vorangegangen. Warten wir ab, wie dieses Experiment gelingen mag.

## Zweiter Deutscher Rätekongreß.

Ledebours Entlassung abgelehnt.

CB, Berlin, 9. April.

Kurz nach Eröffnung der heutigen Versammlung wurde folgendes Telegramm des Justizministers Heine bekanntgegeben: „Die Haftentlassung des Schriftstellers Georg Ledebour kann nur das Gericht anordnen. Von einer Wettergabe des Antrages an das Gericht habe ich abgesehen, weil als Grund nur die vermeintliche Immunität Ledebours in Frage kommt, die nach Lage der Gesetzgebung nicht als begründet anerkannt werden könne.“

Die Unabhängigen brachen in lebhaften Protesten aus. Auf Anfrage erklärte der Vorsitzende, daß der Beschluß sowohl an die Behörden als auch an das Gericht gegangen sei, und daß das Bureau bereit sei, auch nochmals Schritte zu unternehmen. Der Magdeburger (Soldatenfraktion) stellt den Antrag, sofort in die Behandlung des geltend gemachten Antrages auf Freilassung des verhafteten Vorsitzenden des RSK in Magdeburg, Brandes, und zweier Soldatenräte einzutreten. — Der Kongreß beschließt demgemäß.

Gegen das Erfahren der Ruhrschächte.

Nachdem die Auseinandersetzung längere Zeit in der üblichen Weise andauert, geht man zur Besprechung der Lage im Ruhrgebiet über. Reichsminister Schmidt führt aus: Gestern abend ist der Arbeitsminister in das Ruhrgebiet gefahren, um eine Verständigung herbeizuführen. Ich von meinem Standpunkte aus als Ernährungsminister bedaure den ganzen Zustand aufs höchste. Er bringt uns in Deutschland in eine außerordentlich gefährliche Lage und ist eine große Gefahr für die Lebensmittellieferung und unser ganzes wirtschaftliches Leben. Ich erkenne nicht an, daß ihm wirtschaftliche Fragen zugrunde liegen, vielmehr handelt es sich dabei nur um politische. Ich würde es sehr bedauern, wenn nicht auch auf diesem Kongreß die Erkenntnis durchdränge, daß eine derartige Wüste Art der Verheerung und Unterdrückung des Ganzen unmöglich ist. Wir haben Verständigungsorganisationen eingeführt, ich muß aber feststellen, daß diese nicht in Anbruch genommen worden sind. Das ist ein Zustand, der uns um jeden Kredit im Auslande bringt, wenn in solcher Weise mit dem Eigentum der Nation verfahren wird. Ich appelliere an diesen Kongreß, wenn es ihm ernst ist mit dem Volkswohl, nicht Sympathien auszusprechen mit einer Bewegung, hinter der nichts steht als der Terrorismus einer kleinen Mafte.

Bis auf das Höchste steigert sich die Erregung der Versammlung, bei der gegenseitig die schwersten Vorwürfe erhoben werden. Schließlich wird folgender Antrag Cohen-Neus einstimmig angenommen:

„Der zweite Rätekongreß, der mit den unmittelbaren Vertretern des gesamten werktätigen deutschen Volkes besetzt ist, appelliert an die streikenden Ruhrbergleute, unter allen Umständen die sogenannten Notstandsarbeiten auszuführen, damit das deutsche Volk vor dem furchtbaren Unglück verschont wird, das mit dem Erfahren von Schächten unbedingt eintreten muß.“

Ein Zusatzantrag der Unabhängigen wird abgelehnt und dafür folgender Zusatz der Mehrheitspartei einstimmig angenommen: „Von der Reichsregierung wird erwartet, daß berechtigte Forderungen der Bergarbeiter erfüllt werden.“

Es entpinnen sich dann Debatten über die Soldatenräte, die Freiwilligen, die Bürgerwehren, Lehrer Flügel (Demokrat) verwarf sich gegen die fortwährenden Störungsvorwürfe von links, die lediglich der Agitation für eine politische Partei dienen sollen und erkennt an, daß der Zentralrat ein gutes Stück ehrlicher Arbeit geleistet habe.

## Regierungsstruppen in Magdeburg.

Vollständige Arbeitsruhe.

In allen großen Betrieben Magdeburgs ruht seit Dienstag die Arbeit. In der Nacht auf Mittwoch kam es mehrfach zu Zusammenstößen. Ein heftiges Gefecht entpinn sich um das Haus der „Volksstimme“, auch an der Hauptpost und an anderen Stellen gab es Schießereien. Tote und Verwundete blieben überall zurück.

Mittwoch früh 5 Uhr begann der Einmarsch der vom Reichswehrminister Noske entsandten Truppen. Erstlicher Widerstand ist ihnen nicht entgegenzusetzen worden, obwohl es mehrfach zu Schießereien kam. Die Regierungsstruppen sind bis ins Zentrum vorgedrungen. Sie haben den Domplatz gesäubert und die Hauptstraßen besetzt. Unter ihrem Schutz ist der Verkehr der Straßenbahn wieder aufgenommen worden.

Die Magdeburger Garnison bestand bisher aus dem Wachregiment, einer Art Sicherheitswehr, aus Reitern des Regiments 26 und ungefähr 1000 aktiven Unteroffizieren. Das Wachregiment verhielt sich sehr zweifelhaft.

Politischer Generalstreik in Braunschweig.

Auf Beschluß des Aktionsausschusses, des Betriebsausschusses und der Vertrauensmänner der Arbeiter ist Mittwoch vormittag die revolutionäre Arbeiterchaft Braunschweig in den politischen Generalstreik eingetreten. Es gilt, wie es im Aufruf heißt, den Kampf gegen den Kapitalismus und den Militarismus und die Rettung der Revolution.

Sämtliche öffentlichen Lokale, bis auf die Lebensmittelgeschäfte, sind geschlossen zu halten. Nach 8 Uhr abends darf niemand mehr ohne Ausweis des revolutionären Aktionsausschusses auf der Straße sein, ausgenommen Ärzte usw. Vor den Banken sind Volkswehrposten aufgestellt. Auch der Eisenbahnverkehr ist vollkommen stillgelegt.

Lage in den Kohlenbaugebieten.

Wie von authentischer Seite festgestellt wird, sind die aus dem Ruhrrevier während der letzten Tage gemeldeten Streikziffern insgesamt und im einzelnen um ein Erhebliches über den wirklichen Bestand der Ausständigen hinausgegangen. Alle nicht amtlichen Nachrichten über die Zahl der im Ruhrrevier Streikenden sind mit größter Vorsicht entgegenzunehmen. Wie der Bergbauverein berichtet, haben auf den vom Streik betroffenen Becken 42 829 Mann gearbeitet. Außerdem arbeiteten auf Becken, die überhaupt nicht vom Ausstand betroffen sind, 15 177 Mann.

Verstärkter Belagerungszustand.

Seit Dienstag nachmittag ist über Essen Stadt und Land der verstärkte Belagerungszustand verhängt worden. Beim Einzug der Regierungsstruppen kam es infolge des Versuches, einen Bagagewagen zu plündern, zu einem Zusammenstoß zwischen Militär und Zivilisten, wobei

durch Handgranaten zwei Zivilisten getötet und mehrere verwundet wurden.

Die Düsseldorf Arbeiterkassette hat sich in geheimer Abstimmung in den einzelnen Betrieben mit überwiegender Mehrheit für Fortsetzung des politischen Generalkriegs entschieden. Sämtliche Arbeiter des städtischen Gas- und Elektrizitätswerkes haben ebenfalls die Arbeit eingestellt. Dienstag wurde über Düsseldorf der verschärfte Belagerungsstand verhängt.

#### Sächsische Bergarbeiter ebenfalls im Ausstand.

Seit Dienstag nachmittag sind die Belegschaften des Rügen-Bezirks Kohlenreviers ausständig. Die Streikenden haben zehn Forderungen aufgestellt und verlangen unter anderem die Einführung der siebenstündigen Schichtzeit, völlige Auszahlung der Entschuldigungssumme, Befreiung der bestehenden Regierung, sozialistische Führung der Bergwerke durch Einsetzung der Betriebsräte, sofortige Zuteilung von reichlichen und billigen Lebensmitteln, Bezahlung aller Streikschriften. Im Falle des Versagens des alten Bergarbeiterverbandes soll eine sächsische Bergarbeiterunion gegründet werden. Ein Übergreifen der Ausstandsbewegung auf Zwickau ist zu befürchten.

#### Französische Kriegsgerichte gegen Streikende.

Der französische Kommandierende im Saarrevier gibt bekannt, da seinen Befehlen zur Arbeitsaufnahme nicht nachgekommen sei, würde eine Anzahl Verhaftungen vorgenommen. Von den Verhafteten wurden 21 vor das Kriegsgericht gestellt und zu Strafen von 2 bis 5 Jahren Gefängnis verurteilt. Die übrigen wurden in das rheinische Gebiet durch Eisenbahntransport abgehoben.

#### Ultimatum der Bankbeamten zum 10. April.

Der Allgemeine Verband der deutschen Bankbeamten stellt mit, daß, nachdem die Berliner Bankbeamten in den Ausstand getreten sind, eine Versammlung der Bankangestellten Groß-Berlins eine Resolution angenommen hat, in der die Kollegenchaft im Reiche aufgefordert wird, die Arbeit am 10. April niederzulegen, wenn nicht bis dahin vor dem Reichsarbeitsamt seitens des Verbandes Berliner Bankleitungen die Verhandlungen auf Grund des vom Allgemeinen Verband und dem deutschen Bankbeamtenverein vorzulegenden Einheitsstarifes aufgenommen werden.

#### Verschiedene Meldungen.

**Zwickau.** Sämtliche Arbeiter der Zwickauer Metallindustrie einschließlich der Sittenwerke, etwa zwölftausend Mann, haben die Arbeit niedergelegt. Sie fordern Ersatz für die weggefallene Schmelzarbeiter-Protzulage und Erhöhung der Fleischration auf 250 Gramm.

**Danzig.** Die aus 2000 Arbeitern bestehende Arbeiterschaft der Eisenbahnhauptwerkstätte beschloß, in den Ausstand zu treten, da die Forderung auf Gewährung einer Teuerungszulage von 800 Mark abgelehnt worden war. Abends wurde der gesamte Vorort- und Fernverkehr von Danzig aus eingestellt.

**Samborn.** Die Gas- und Wasserwerker der Gewerkschaft Deutscher Kaiser haben sich mit den streikenden Bergleuten solidarisch erklärt und drohen, die Arbeit niederzulegen. Damit würde die Gasversorgung nicht nur der Stadt Samborn, sondern auch der Städte Wesel, Barmen und Elberfeld sowie der Sibiria-Anlage stillgelegt.

### Was kosten uns die Streiftage?

Rund 16 Milliarden Verlust am Nationalvermögen.

In einer anscheinend offiziellen Kundgebung über die Verluste durch die Streiks der letzten Zeit wird betont, daß infolge der Streikunruhen der Wert des deutschen Geldes im Auslande von Stunde zu Stunde sinkt. In Dänemark haben 112 Mark deutschen Geldes nur noch den Wert von 33,25 Kronen, in Stockholm den Wert von 31,50 Kronen. In der Schweiz, wo vor wenigen Tagen noch für einen Kaufpreis von 80 Mark 197,50 Mark bezahlt worden sind, müssen heute für diesen Betrag bereits 234 Mark bezahlt werden.

Das deutsche Geld ist auf rund 25 % seines Wertes gesunken. In diesen Streiftagen beträgt der Kursverlust pro 80 Mark 36,50 Mark. In Deutschland haben wir zurzeit etwa 35 Milliarden Mark Papiergeld im Verkehr. Auf 80 Mark haben wir in wenigen Tagen 36,50 Mark an Wert verloren, also auf 100 Mark 45,72 Mark. Gemessen an dem Stand unseres Geldes in der Schweiz, haben wir also durch die fürchterliche Verunreinigung unserer Wirtschaft durch das Generalkriegsstreik, in das unsere Arbeiterschaft jeden Tag von neuem geht, in wenigen Tagen 15 913 750 000 Mark verloren.

Das muß zum Zusammenbruch führen. Die Lebensmittelpreise werden ins Ungeheure steigen, wenn das so fort geht. Was wir vor zehn Tagen in der Schweiz an Lebensmitteln noch für 100 Mark bekommen haben, müssen wir heute schon mit 145,73 Mark bezahlen.

### Sozialisierung in Bayern.

Unternehmungen unter gesellschaftlicher Kontrolle München, 9. April.

Auf Anordnung des Zentralkomitees werden, um die Sozialisierung vorzubereiten, alle Unternehmungen unter gesellschaftliche Kontrolle gestellt. Alle Betriebe haben ungehindert weiterzugehen. Alle leitenden Persönlichkeiten, Direktoren, Ingenieure haben die Arbeit fortzusetzen. Die Kontrolle der Geschäftsbearbeitung und der Geldbewegung wird durch Betriebsräte oder Arbeiter- und Angestelltenausschüsse ermöglicht.

Weiter sind sämtliche Bergwerke sowie die gesamte Presse Bayerns aus gleichen Gründen unter gesellschaftliche Wirtschaftskontrolle gestellt.

#### Gegen die Räterepublik

haben sich nicht allein die Regierungen der anderen süddeutschen Staaten, Württemberg, Baden, Hessen, ausgesprochen, die das Ministerium Hoffmann als die alleinige rechtmäßige Regierung Bayerns ansehen. Auch ein großer, bedeutender Teil der Bauernschaft hat sich gegen die Räterepublik ausgesprochen. Über Augsburg und München ist die Lebensmittelsperrung verhängt, bis die Räterepublik zurücktritt.

#### „Eine Schwabinger Kaffeehausgröße.“

Amlich, d. h. im Auftrage der Räterepublik wird aus München gemeldet, daß der bayerische Gesandte in Berlin Dr. v. Bregger den Auftrag erhielt, dem Grafen Brodorski-Rankau sein Abschiedsgesuch einzureichen. Hierüber wird in Berlin halbamtlich gespottet. Erstens weil der Gesandte aufgefordert war, dem Grafen Brodorski-Rankau das Abschiedsgesuch zu überreichen. Der Graf ist nämlich nicht der Vorgesetzte des Gesandten, sondern der Vorgesetzte ist der Volksbeauftragte für auswärtige Politik in München. Sodann enthält der

Münchener Erlaß in seinem ersten Satz ein lateinisches Zitat, aus dem die Berliner halbamtliche Stelle schließt, daß der Verfasser eine Schwabinger Kaffeehausgröße ist, die zufällig ihre Gymnasialbildung noch nicht ganz vergessen hat.

Tragisch wird demnach die Münchener Räterepublik in Berliner Regierungskreisen nicht genommen. Vielleicht nicht einmal ernst ...

#### Ein kommunistisches Geständnis.

Auch die äußerste Linke in der Sozialdemokratie nimmt die Münchener Bewegung nicht recht ernst. Die Freiheit in Frankfurt a. M., das Organ der dortigen Kommunisten bemerkt zweifelnd: „Ob Bayern reif sein wird für die unverfälschte Räterepublik, ist zur Stunde schwer zu beurteilen.“ Eine eigenartige Methode: Erst schreibt man: „Alle Macht den Arbeiterräten“ und wenn man dann die Macht hat — dann erst — beginnt man, Überlegungen darüber anzustellen, ob das betreffende Land eigentlich reif ist für die schönen Dinge, mit denen man es beglücken will.

#### Verschiedene Meldungen:

**München.** In der Spitze der Münchener Neuesten Nachr. veröffentlicht der Volksbeauftragte für Volksaufklärung folgende Erklärung: Die Redaktion der M. N. hat es abgelehnt, sich der Zensur der Presse-Abteilung des provisorischen revolutionären Zentralrats zu unterwerfen. Infolgedessen hat die Presseabteilung des provisorischen Zentralrats von heute ab die Redaktion übernommen.

**Weimar.** Nach den hier bei der Regierung vorliegenden Nachrichten geben die Meldungen, die aus München kommen, ein falsches Bild. Die Räterepublik findet nirgends im Lande wirklich Boden. Die Gegenbewegung wird überall organisiert.

**Nürnberg.** Die sozialistische Fränkische Tagespost bringt Enthüllungen über den an der Spitze des Ministeriums der Räterepublik Bayerns als Volksbeauftragter für auswärtige Angelegenheiten befindlichen Dr. Lipp, einen Mann von etwa 60 Jahren. Das Blatt behauptet, daß Lipp früher in Italien Spießel der deutschen Regierung gewesen sei. Er war bereits zweimal wegen Größenwahns im Irrenhause untergebracht.

### Eichhorn entlarvt!

1371 Tote im Berliner Bürgerkrieg.

Wie ein Hintertreppenroman lieft sich der Bericht über die letzte Sitzung des Untersuchungsausschusses der Preussischen Landesversammlung, der feststellen sollte, wer schuld war an den Januar-Unruhen in Berlin. Die Untersuchung hat den früheren Berliner Polizeipräsidenten

#### Eichhorn ungeheuer belastet.

Ihm werden Unterschlagung, verführter Kassenraub und andere Dinge vorgeworfen, die gewöhnlich nicht zu den Pflichten eines Polizeipräsidenten zu gehören pflegen. Namens des Untersuchungsausschusses berichtet nämlich Regierungsrat Doné:

Die von Eichhorn aufgestellte Sicherheitswehr habe in den Polizeirevierern und im Polizeipräsidium übel gehandelt. Über viele Hunderttausende Mark fehlen Besetze. Eichhorn selbst hat in einem Fall 5100 Mark, in einem andern Fall 1625 für sich persönlich unterschlagen. Unter den verschwundenen Geldern befinden sich auch 147000 Lei rumänischen Geldes, die bei Offizieren beschlagnahmt wurden und seitdem spurlos verschwunden sind.

Eichhorn hat den revolutionären Obrenten und anderen unabhängigen Organisationen die Wohnungslisten der Schutzmannschaft ausgeliefert, und die Schutzleute, die sich der Unabhängigenpolitik nicht gefügt haben, sind seitdem nicht nur persönlich, sondern auch in ihren Familien in der brutalsten Weise terrorisiert worden. Vom Magistrat Berlin hat Eichhorn viele Zentner feinsten Auszugsmehls erpreßt, um davon Torten für seine Leibwache backen zu lassen. Die Sammlung und Austeilung von Waffen hat Eichhorn bereits am 11. November 1918 begonnen. Allein von der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik sind Waffen im Werte von 400000 Mark erpreßt worden.

Eichhorn hat ferner unter Benutzung eines Sauerstoff-gebläses versucht, die Hauptkassette des Polizeipräsidiums zu berauben, der Versuch ist ihm aber nicht geglückt. Im Polizeipräsidium wurde in den von Eichhorn und seinen Erhabenen besetzt gehaltenen Räumen eine Notendruckpresse gefunden, die zur Benutzung fertiggestellt war.

Nach Anhörung dieser Anlagen gab der Minister des Innern Seine eine Übersicht über die Januarunruhen, die planmäßig organisiert gewesen seien.

Niederstimmend wirkte die Mitteilung, daß 1371 Menschenleben den Januar- und Märzunruhen zum Opfer gefallen seien, darunter fast ein Zehntel Soldaten.

Die Blünderungen in den von Aufständischen besetzten Gebäuden waren sehr groß. In der Verteidigung dieser Gebäude haben Russen und Frauen in hervorragendem Maße mitgewirkt. So hat eine mitverhaftete Frau Steinbrind aus Neudöhlen im Erker des Vorwärtsgebäudes ein Maschinengewehr bedient, durch dessen Kugeln mehrere Regierungssoldaten gefallen sind. Diese Mitteilungen werden in der Öffentlichkeit keinen geringeren Eindruck machen als in der Sitzung des Ausschusses.

### Politische Rundschau.

#### Deutsches Reich.

+ Der Reichshaushaltsplan. Der Nationalversammlung ist der Reichshaushaltsplan für 1919 zugegangen. Danach wird der Reichshaushaltsplan in Einnahmen und Ausgaben auf 13 858 495 114 M. festgesetzt und zwar: im ordentlichen Haushalt auf 13 042 151 910 M. an Einnahmen, auf 11 263 411 095 M. an fortdauernden und auf 1 778 740 815 M. an einmaligen Ausgaben; im außerordentlichen Haushalt auf 816 343 204 M. an Einnahmen und 816 343 204 M. an Ausgaben.

+ Die Ostfragen bei der Friedenskonferenz. Die Verhandlungen, zu welchen die Preussische Staatsregierung sachverständige Vertreter aus den Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Posen und Schlesien im Hinblick auf die große Bedeutung der Ostfragen bei der Friedenskonferenz geladen hatte, endete sehr befriedigend. Die Preussische Staatsregierung sagte dem Wunsch aller Anwesenden entsprechend zu, für eine starke Vertretung Preußens bei der Behandlung der Ostfragen auf der Friedenskonferenz zu sorgen und sich mit aller Energie dafür einzusetzen, daß die Gefahren, die Preußen und seinen untreitbar deutschen Gebieten im Osten drohen, abgehaltn würden.

+ Amtsniederlegung der Sozialisierungskommission. Die Sozialisierungskommission erklärt in einem Schreiben an den Reichswirtschaftsminister Wiffel, unterzeichnet von Franke und Kautsky, daß nach ihrer Überzeugung „jede Hoffnung auf ein Zusammenarbeiten mit dem Reichswirtschaftsamt und der Regierung geschwunden“ ist und daß sie ihr Amt niederlegt. Die Kommission hält es „für den wesentlichsten Punkt ihrer Beschwerde, daß das Reichs-

wirtschaftsministerium den vorläufigen Bericht über die Sozialisierung der Kohle absichtlich der Nationalversammlung und der Öffentlichkeit solange vorenthalten hat, bis ihre eigenen, der Kommission entgegen allen Zusagen niemals vorgelegten Gesekentwürfe in Weimar durchgepeitscht waren“.

+ Die Deutschnationalen und der Volksgewinn. Kürzlich trat Prof. Elsbacher in Berlin öffentlich dafür ein, daß Deutschland von seinen Feinden weiter bedrängt, ein Bündnis mit der russischen Sowjetregierung schließen möchte. Da Elsbacher der Deutschnationalen Partei angehört, sieht sich die Fraktion dieser Partei in Weimar zu der Erklärung veranlaßt, daß sie ein Bündnis mit dem Volksgewinn ablehne.

+ Bedrohung unserer Lebensmittelfuhr. Die ersten in Deutschland eingetroffenen Lebensmittelschiffe der Entente haben mit Ballast wieder ausfahren müssen, weil in Deutschland nicht einmal so viel Waren zur Ausfuhr zusammenzubringen waren, daß die paar Lebensmittelschiffe damit hätten befrachtet werden können. Wir konnten für die Lebensmittelschiffe der Entente nicht einmal genügend Kohlen zum Wiederauffüllen der Bunker zur Stelle schaffen. Wie lange unter einer solchen Wirtschaft die Entente Lebensmittel zu liefern bereit sein wird, muß natürlich ganz ungewiß erscheinen.

+ Der Staatsgerichtshof. Der Gesekentwurf über den Staatsgerichtshof ist vom Kabinett endgültig durchgeprochen und angenommen worden. Er geht an den Staatenausschuß, um dann unverzüglich an die Nationalversammlung zu gelangen.

+ Phantastische Erfindungen der Franzosen. Die Pariser Zeitung „Democratie nouvelle“ vom 5. April veröffentlicht drei phantastische Entwürfe von angeblichen Friedensverträgen, die ein siegreiches Deutschland seinen Gegnern habe auferlegen wollen. Der erste Entwurf, als dessen angeblicher Urheber der Vorkämpfer Graf Bernstorff benannt wird, verlangt unter anderem Abtretung aller französischen Kolonien und bedeutender französischer Gebietsstücke, sowie zehn Milliarden Kriegsschadenszahlung. Graf Bernstorff erklärt dazu, daß alle diese Behauptungen, soweit sie auf ihn bezug haben, gänzlich erfunden sind.

+ Ruhe in Berlin. Für Mittwoch hatte man in Berlin größere Ansammlungen und Demonstrationen erwartet. Es waren deshalb größere Sicherheitsmaßregeln getroffen und der Teil Berlins, in dem sich die wichtigsten Gebäude, die Parlamente usw. befinden, wurde abgesperrt, so daß der Hochbahn- und Straßenbahnverkehr teilweise unterbrochen, teilweise umgeleitet werden mußte. Die Ruhe wurde jedoch nicht gestört und die Absperrungen, namentlich für die Verkehrsmittel, schon mittags wieder gemildert.

#### Großbritannien.

x Englands Stellung zu Rußland. In den Blättern erschienen amtliche Aufrufe zur Teilnahme am Kampfe in Nordrußland. Zu gleicher Zeit stellte Oberst Wedgwood im Unterhause den Antrag, die englischen Truppen aus Rußland zurückzuziehen, mit der jetzigen russischen Regierung Frieden zu schließen und die Blockade aufzuheben. Der „Star“ unterstützt diesen Antrag und schreibt: „Wir haben genug Krieg gehabt.“

#### Aus In- und Ausland.

Berlin. Im Monat Mai soll der Nationalversammlung ein Gesek über die Bewirtschaftung der Kaliindustrie ausgehen.

Bern. Wie die „Basler Nachrichten“ mitteilen, hat der Schweizer Bundesrat dem früheren König von Bayern auf Ansuchen gestattet, mit kleiner Begleitung in Biers bei Chur Wohnung zu nehmen.

Amsterdam. Mit dem Dampfer „Nieuwe Amsterdam“ sind der deutsche Gesandte in Mexiko, S. v. Eckhardt, und der deutsche Generalkonsul in Mexiko, F. J. Grunow, in Rotterdam angekommen. Herr v. Eckardt ist nach Amsterdam weitergereist.

Budapest. Wie „Boeröskatona“ meldet, sind die ehemaligen Minister Saszi und Eugen Balogh verhaftet worden. Außerdem wurde eine Reihe von früheren Offizieren verhaftet.

Paris. Poincaré hat auf einen Bericht Clemenceaus hin die gegen den Cottin, der das Attentat gegen Clemenceau verübte, verhängte Todesstrafe in eine zehnjährige Zuchthausstrafe umgewandelt.

### Friedenskongreß in kurzer Zeit.

Saag, 9. April.

Nach Meldungen aus Paris haben Orlando, Lloyd George, Clemenceau und Houle eine Einigung über die Prinzipien des Friedensabkommens erzielt. Wenn Wilson, der immer noch das Zimmer nicht verlassen darf, sich gleichfalls damit einverstanden erklärt, so ist die Festlegung der Präliminarien nur noch eine Frage von Stunden. Die Gemeindebehörden von Versailles treffen vorbereitende Maßnahmen für die Unterbringung der deutschen Bevollmächtigten. Es wurde eine Sonderpostmarke hergestellt, die die Aufschrift: „Versailles, Congrès de la Paix“ trägt.

Wilson, so schreibt die „New York Times“ ist entschlossen, seine eigenen Grundsätze hochzuhalten, denen alle anderen Nationen nur mit den Lippen dienen. Er will an den Waffenstillstandsbedingungen festhalten auf Grund deren die Verbündeten sich gegenüber Deutschland bereit erklärt haben, eine bestimmte Linie zu befolgen. Es wird erneut auf die Möglichkeit eines Appells Wilsons an die Welt hingewiesen. In dieser Veröffentlichung würde ausgesprochen werden, daß Amerika der Welt ein Versprechen gegeben habe, daß es halten müsse.“

### Die konstitutionelle Fabrik.

Ansichten eines Großindustriellen.

Es ist begreiflich, daß die Sozialisierungs-Bestrebungen viele Unternehmer mit Sorge erfüllen. Sie sehen ihr Lebenswerk in Gefahr und legen sich die Frage vor, wie weit eine Beteiligung der Arbeiterschaft an dem Unternehmen zweckmäßig und vorteilhaft sein würde.

Da erscheint es lehrreich, auf Betriebe hinzuweisen, in denen eine solche Entwicklung bereits vollzogen ist. Seit 35 Jahren bewegt sich in dieser Bahn die „konstitutionelle Fabrik“ des Berliner Großindustriellen auf dem Gebiete der Holzbearbeitung Heinrich Freese, der auch mehrfach für seine Ideen öffentlich und schriftlich das Wort ergriffen hat. In diesem Betriebe ist von je her die Arbeits- und Betriebsordnung von der Fabrikleitung mit der Arbeiterschaft gemeinsam beraten und beschlossen worden. Was von den Arbeitern als ungerecht empfunden wurde, fiel weg. Anfang und Ende

der Arbeitszeiten, Zahl und Dauer der Pausen, Rändigungsfristen. Sicherheitsvorschriften fielen in diesen Bereich. Ein Arbeiterausschuss, entsprechend den heutigen „Betriebsräten“, wurde eingesetzt und machte über die Ausführung der Bestimmungen. Ebenso beauftragte die Zeit- und Stücklöhne auf freier Vereinbarung. Die Verträge wurden meist auf drei Jahre abgeschlossen und trugen neben der Unterschrift des Chefs die des Arbeiterausschusses und des Vorstehers der betreffenden Gruppe. Meinungsverschiedenheiten wurden in gemeinsamer Beratung geschlichtet. Schon seit 26 Jahren besteht der Achtstundentag. Als er eingeführt wurde, sagt Freese, schien er ein Wagnis zu sein, die Arbeiter selbst hatten allerlei dagegen einzumenden, die Frauen der Arbeiter erhoben Einspruch. Der Versuch schlug aber glänzend aus. Nach einigen Monaten zeigte sich, daß der Achtstundentag vorteilhafter war als die langen Arbeitszeiten.

Grundsätzlich auf der Selbstverwaltung beruhen die Wohlfahrtsrichtungen. Es besteht eine Unterstützungs-kasse, die zinslose Darlehen, Krankenhilfen, Sterbegelder, Witwengelder und Altersrenten bewilligt. Erholungs-räume und Kaffeeküchen, Fabrikbücherei, Schrebergärten, eine Fabrikfeuerwehr und eine gemeinschaftliche Feuer-versicherung des Mobiliars der Angestellten sind im Laufe der Zeit entstanden. Die Verwaltung ruht ganz bei der Arbeiterenschaft. Durch Prämien für Verbesserungen wird jeder Vorschlag belohnt, der der Fabrik Nutzen bringt. Wichtige Vorteile sind dadurch erreicht worden. Seit 1888 sind die Beamten, seit 1890 die Arbeiter am Reingewinn beteiligt. Die Beamten erhalten 5%, die Arbeiter gleich-falls 5%, und 2½% gehen an die Unterführungsklassen der Fabrik, die während des Krieges allein 30 000 Mark an Kriegerverbunden ausbezahlt haben.

Der Fabrikparlamentarismus hat aber gewisse Grenzen. Auf die rein kaufmännischen Angelegenheiten, Einkauf und Verkauf, Kreditgewährung u. dgl. haben die Arbeiter-ausschüsse keinen Einfluß. Bemerkenswerterweise haben sie auch nie den Anspruch erhoben, in solchen Dingen mit-zusprechen; sie wünschten immer nur mit Angelegenheiten befaßt zu werden, welche die Arbeiterenschaft selbst angehen. Es wäre möglich, in monopolartigen Betrieben, Straßenbahnen, Elektrizitätswerken, Bergwerken, noch weiter zu gehen. Solche sind ja schon früher in staatlichen oder städtischen Besitz übergegangen. Für andere Unter-nehmungen, für die man einen staatlichen oder städtischen Betrieb nicht geeignet hält, wäre die geschilderte Art der Gewinnbeteiligung sowie die Teilnahme der Angestellten an der Verwaltung sicher in Betracht zu ziehen. M.

## Welt- und Volkswirtschaft.

### Ernährungsfragen!

Die gefährdete Fleischration.

Im Weimarer Haushaltsausschuss erklärte Reichs-minister Schmidt, daß selbst durch die amerikanische Ein-fuhr, die noch nicht durchweg gesichert sei, es sich nicht ermöglichen lassen werde, der Bevölkerung 500 Gramm Fleisch wöchentlich zuzuwenden. Zur Erhaltung des Zuder-tübenbaues, wenigstens in der Höhe des Vorjahres, werde der Preis für die Rüben erhöht werden. Die Zuder-abrillen würden zum Teil in ihrer Produktion freie Hand bekommen. Der Mundzucker werde aber zu entsprechenden Preisen an die Bevölkerung kommen.

Im übrigen wird es nach einer Neutermeldung ohne-zin Ende Mai werden, bevor die deutschen Schiffe Lebens-mittel nach deutschen Häfen befördern können. Es sind Umverteilungen erfolgt, daß die Lebensmittel für Deutsch-land, die bisher in Rotterdam aufgehalten wurden, frei-gegeben werden, da die deutsche Regierung den Be-dingungen der Alliierten nachgekommen ist. Auch aus Schweden sind 50 000 Tonnen Brotgetreide angekündigt, die Schweden später von Amerika zurückröhrt.

\* Die Feststellung der Kohlenpreise. Die ange-kündigte Bekanntmachung des Reichswirtschaftsministers über Brennstoffhöchstpreise ist jetzt ergangen. Das rheinisch-westfälische Kohlenyndikat darf Einkohlen, Brechkohlen und Koks nach dem Inlande nur zu Preisen veräußern, die nicht höher sind als die allgemeinen Verkaufspreise, die vom Syndikat auf Grund seiner Richtpreise festgesetzt und am 31. März 1919 in Geltung waren. Die Ver-ordnung ist mit dem 1. April in Kraft getreten.

\* Verlängerung der Frist zur Ablieferung aus-ländischer Wertpapiere. Mit Rücksicht auf die Schwierig-keiten der postalischen Verbindungen ist die zur Überlassung ausländischer Wertpapiere an das Reich angegebene Frist für die zur sofortigen Ablieferung aufgerufenen Anleihen, soweit sie sich im Inlande befinden, bis zum 25. April verlängert worden. Die Frist für die zur sofortigen Ab-lieferung aufgerufenen im Auslande befindlichen, sowie die Frist für die anzumeldenden Wertpapiere ist bis zum 30. April hinausgeschoben. Die Übergabe bzw. Anmeldung der Wertpapiere hat bei einer im Inlande ansässigen Bank oder Bankfirma stattzufinden.

## Naß und Fern.

○ Andrang zur Leipziger Messe. Die Anmeldungen zur diesjährigen Frühjahrsmessung in Leipzig (vom 27. April bis 3. Mai) gehen, wie das Merkmal mitteilt, so zahlreich ein, daß schon bis heute eine Zahl von an-nähernd 7000 Ausstellern erreicht ist. Damit ist die weit-aus höchste Teilnehmerzahl aller bisherigen Messungen sowohl in Leipzig wie im Auslande erreicht. Die am stärksten besuchte Friedensmesse im Frühjahr 1914 wies 4218 Aussteller auf. Die stärkste Kriegsmesse im Herbst 1918 war von 5476 Firmen besetzt.

○ Verstaatlichung des Hamburger Verkehrs. Nach-dem der gesamte Hamburger Verkehr schon vor einiger Zeit als gemischt-wirtschaftliches Unternehmen unter die Aufsicht des Staates gekommen ist, fordern die Sozial-demokraten jetzt seine völlige Verstaatlichung. Sie fordern außer der Verstaatlichung der Hoch- und Straßenbahn-auch die Hamburger Elektrizitätswerke, an denen die Stadt ähnlich wie an den Verkehrsbetrieben beteiligt ist.

○ Aufklärung eines großen Juwelenraubes. Der dreiste Juwelenraub, der am 17. März am hellen Nach-mittag an der Ecke der Friedrichstraße und den Linden in Berlin verübt wurde, ist jetzt völlig aufgeklärt. Der Kriminalpolizei ist es gelungen, den größten Teil der Juwelen im Werte von 600 000 Mark wieder herbei-zuschaffen und die Räuber mit ihren Fehlern hinter Schloß und Riegel zu legen.

○ Baumblüte. In der märkischen Obstkammer werden a. S. hat die erste Baumblüte, die der Aprikosen, begonnen. Zwischen der Blüte der Aprikosen und der Pfirsichen, der Werberischen Hauptfrucht, liegt nach alter Er-fahrung ein Zeitraum von 14 Tagen, so daß also, wenn

nicht wieder Frost eintreten sollte, die allgemeine Baum-blüte schon zu Ostern zu erwarten ist.

○ Einbringung des „Gernot“. Das deutsche Bohn-schiff „Gernot“, das kürzlich auf eine Mine gelaufen war, ist nach Hartlepool geschleppt worden. Die Namen der Überlebenden sind: Hugo Landon, Kapitän, Eduard Wenzel, Reif, Schwarz, Frister, Glanz, Heinze, Lorenz und Trostky. Das Schicksal folgender Personen ist un-bekannt: Grier, Samann, Moller und Pafelmann.

○ 2000 Kinder zur Erholung nach Schweden. Laut Stockholmer Blätter sollen in Schweden in diesem Sommer im ganzen 2000 Kinder aus notleidenden Ländern zur Er-holung untergebracht werden. Die meisten Familien, die bereit sind, Kinder aufzunehmen, wünschen solche aus Deutschland, da sie überzeugt sind, daß diese es am schwersten haben. Aus den Entente-ländern werden zu-sammen 520 Kinder erwartet. Die übrigen, also ungefähr 1500, sollen aus Mitteleuropa kommen.

○ Falsche Tausendmarkscheine. Neuerdings versucht man, falsche Reichsbanknoten zu 1000 Mark in den Verkehr zu bringen. Die Falschstücke sind leicht daran zu erkennen, daß die Faserstreifen nicht, wie bei den echten Noten, in das Papier eingewirkt, sondern durch Aufdruck von Faser-bildern in blaugrauer oder grauschwarzer Farbe nach-gebildet sind. Der Text des bekannten Straßfahes ist kaum leserlich; bei einem Teil der Falschstücke befindet sich zwischen den Worten „Reichsbanknote“ und „Tausend“ eine verkehrte Stelle. Das Papier ist von der Art eines glatten Schreibpapiers.

○ Die Sommerzeit 1919. Der Staatenausschuss hat dem Gesetzentwurf über die Einführung der Sommerzeit für das laufende Jahr zugestimmt; sie ist für die Zeit vom 28. April bis 15. September in Aussicht genommen. Gegenüber allen Bedenken gegen die abermalige Ein-führung waren die Ausführungen des Reichskohlen-kommissars über die durch die Einrichtung erzielte Kohlen-ersparnis maßgebend.

○ Einschränkung des Kurbetriebes in Bad Salz-brunn. Der Waldburger Kreisrat hat mit Rücksicht auf die im dortigen Bezirk herrschende Wohnungsnot be-schlossen, den Besuch von Bad Salzbrunn, das besonders von vielen Berlinern zur Kur angezogen wurde, nur solchen Personen zu gestatten, die ein kreisärztliches Attest aufweisen, in welchem die Notwendigkeit einer Kur be-stätigt wird. Der Kreisrat ist zur Nachprüfung dieser Atteste berechtigt und kann ihre Nachprüfung durch den Waldburger Kreisarzt verlangen.

○ Verrohte Jugend. In Barleben bei Magdeburg erschlug ein 16 Jahre alter Bursche bei einem Spazier-gang seinen gleichalterigen Freund und verscharrte ihn, als er noch schwache Lebenszeichen von sich gab, in einem Garten. Der Mörder gab als Grund der Tat an, daß er die von seinem Freunde innegehabte Arbeitsstelle haben wollte.

## Sächsische Volkshammer.

Dresden, 7. 4. Zunächst steht auf der Tagesordnung die allgemeine Vorberatung über den Entwurf eines Gesetzes be-treffend die Wahlen für die Gemeindeverwaltung. Minister des Innern Klotz begründet den Gesetzentwurf. Weiter ist eingegangen ein Antrag Hoffmann-Nilschke-Deusch auf Abänderung des § 1 des Gesetzes, wonach das Ministerium eine Verfügung erlassen kann, die die Hindernisse beseitigt, welche einer Neuwahl entgegenstehen können. Abg. Bühler (D. Vp.) erklärt, daß die Vorlage im wesentlichen dem entspreche, was die Kammer bei ihren früheren Beratungen über diesen Gegenstand als Wunsch zum Ausdruck gebracht hat. Er beantragte die Ueberweisung des Gesetzentwurfes an den Gesetzgebungsausschuss. Abg. Lipinski (Unabh.) meint, die Neuwahlen müßten sofort vorgenommen werden. Es gehe nicht an, sie bis 1. Januar 1920 hinauszuschieben. Des weiteren tritt er für den Zusatzantrag der Unabhängigen ein. Abg. Dr. Roth (Dem.) erklärt sich namens seiner politischen Freunde mit der baldigen Reform der Gemeindeverwaltung einverstanden. Den Antrag Bühler lehnten seine Freunde ab. Abg. Scherffig (Soz.) meint, es wäre angebracht, in den Antrag eine Bestimmung hineinzubringen, wonach bei Beschlußfassung über das Ausschreiben von Gemeindefürsorge- und Gemeindevorsteher nur die gemäßigten Vertreter Stimmberechtigung haben. Abg. Schmidt-Freiberg (Deutsch.) wendet sich gegen einzelne Bestimmungen der Vorlage. Es gehe nicht an, überall an Stelle der bewährten Kräfte Neulinge zu setzen. Der Antrag wird hierauf an die Gesetzgebungsdeputation verwiesen. Weiter steht zur Beratung der Antrag Proft (Deutsch.) auf Milderung der Nothlage der vom Heresendienst entlassenen stellenlosen Kaufleute. Abg. Proft (Deutsch.) begründet den An-trag und führt u. a. aus: Es stehe einwandfrei fest, daß in Sachsen ungefähr 15 000 männliche stellenlose kaufmännische An-gestellte seien, die aus dem Heresendienst kämen. Diesen erwerbs-losen Kaufleuten könne fürberüh schwer Arbeit nicht zugemutet werden. Der Kaufmann müsse in Sachsen im alten Berufe wieder beschäftigt werden. Arbeitsminister Heibert erklärt, der Antrag Proft sei durch die Regierungsmassnahme zum Teil schon überholt. Noch weiter zu gehen, erscheine im Ministerium gegenwärtig nicht ratsam. Wenn es uns gelingen werde, unsere Industrie wieder aufzurichten, dann werde die Frage der erwerbslosen Kaufleute ohne weiteres gelöst sein. Abg. Müller-Leipzig (Soz.) meint, der Antrag sei lediglich ein Agitationsantrag in dem Sinne, um dem noch bestehenden bürgerlichen Handlungsgehilfenverband Wasser auf seine Mühle zu geben. Der Antrag sei auch unsinnig, weil er andere wichtige Berufskreise ausschleife und nur die Handlungs-gehilfen bevorzuge. Abg. Mühs (Dem.) erklärt namens seiner politischen Freunde, daß diese meinten, nachdem der Minister er-klärt habe, daß bereits Verordnungen im Sinne des Antrages Proft ergangen und noch unterwegs seien, schiene sich der Antrag erledigt zu haben. Nach weiterer Aussprache wird der Antrag Proft an den Gesetzgebungsausschuss überwiesen.

## Aus Stadt und Land.

Werkblatt für den 11. April.

Sonnenaufgang	5 <sup>10</sup>	Mondaufgang	3 <sup>04</sup>
Sonnenuntergang	6 <sup>40</sup>	Monduntergang	3 <sup>26</sup>

1814 Abhandlung Napoleons I. — 1876 Ludwig Traube, Be-gründer der experimentellen Pathologie in Deutschland, gest.

\* Die schlechtesten Früchte sind es nicht, woran die Wespen nagen! Mit diesem Dichterversatz müssen wir uns mit der bedauerlichen Tatsache abfinden, daß ein gewisser Kommunist Grünberg (alias ? — seinen Geburtschein haben wir nicht gesehen!) aus Chemnitz an Stelle seines Herrn und Meisters Nühle ganze Kübel von Gift und Unrat über die bürgerliche Presse und ganz besonders über unsere Zeitung und Redaktion ausgoß und sich ge-radezu mit Wohlbehagen in dem von ihm erzeugten Un-rat badete. Die vermeintliche Ursache gab ihm der Artikel „Fauftrecht“ in der gestrigen Nummer. Geschick — das muß man ihm lassen — verstand er es, aus dem Zusammenhang heraus Sätze zu-zitieren, wie er sie gerade brauchte, um seine häßlichen Worte mit „Beweisen“ zu belegen. Wäre er nur etwas konsequent, so würde er

ohne weiteres zugeben müssen, daß jeder Terror — von welcher Seite er auch kommt — gleichbedeutend ist mit dem mittelalterlichen Fauftrecht. Doch liegt diesem Phant-astischen schließlich gar nichts daran, logisch zu sein — und uns wiederum liegt nichts ferner, als uns mit ihm einzulassen, denn jeder kann uns nicht beleidigen. Wir tun unsere Pflicht (ja, Herr Grünberg, unsere Pflicht, ein Wort, welches Sie gern aus der deutschen Sprache gestrichen wissen und dessen Erfüllung durch die deutschen Volksgenossen Sie am liebsten ausmerzen möchten) als gewissenhafter Chronist und sehen die Entwicklung der Dinge nicht durch eine Parteilinse, sondern mit ungetrübten, durch jahrelange Praxis geübten Augen an. Nebenbei sei bemerkt, daß diejenigen Arbeiter, die uns persönlich kennen, selbst dann, wenn sie den kommunistischen An-schauungen huldigen, die Verunglimpfungen, die sich Herr G. leistete, nicht gut heißen werden, denn sie wissen, daß wir schon während des Krieges ganz besonders auch für das Wohl des „kleinen Mannes“ tätig gewesen und mit Erfolg bei Behörden vorstellig geworden sind. Von Herrn G.'s Vergangenheit und bisheriger Wirksamkeit dürfte hier niemandem etwas bekannt sein, ebensowenig, ob er selbst bereits werktätig war und aus eigener Er-fahrung weiß, wo der Arbeiterschaft beziehungsweise den werktätigen Volksgenossen der Schuh drückt. Wir wissen es! Das Thema dieses „Volksredners“ lautete „Revo-lution und Kommunismus“. Wir täten ihm aber „letzten Endes“ (eine von ihm unzählige Male gebrauchte Rede-wendung) zu viel Ehre an, darauf einzugehen. In der Debatte sprach Herr Kurt Frische (Deutschnat. Volks-partei, der diesem Vertreter Nühlescher Ideengänge ent-schlossen entgegentrat und die Sächsische Elbzzeitung gegen die schmutzigen Anwürfe mit der Begründung verteidigte, daß der Kommunismus auf schwachen Füßen stehe, wenn er keine Kritik vertrage. Weiter charakterisierte er die durch ihn schwer bedrohte persönliche und Pressefreiheit und den Bruderzwist in der Sozialdemokratischen Partei, brachte Vergleiche, wie es in einem kommunistischen Staate aussehen wird usw. Von der Mehrheitssozial-demokratie sprach Herr Lehrer Fischer-Sebnitz. Er wandte sich ebenfalls gegen die unpraktischen Lehren des Kom-munismus, wies an der Hand von Tatsachen nach, daß die Sozialisierung nur Schritt für Schritt — aus dem Volke heraus — möglich ist, wenn sie, betonte er, von dauerndem Bestand sein soll, trat auch für unbedingte Pressefreiheit ein und ermahnte die Arbeiterschaft, sich nicht irtzuführen zu lassen. In seinem Schlusswort ging Herr Grünberg in 3. E. schnoddrigen Bemerkungen auf die Entgegnungen der Debatter ein, wodurch er als Hauptredner — wie das ja meist üblich ist — verschie-dene Backpfeifen, wie er sich auszudrücken beliebte, aus-teilen konnte. Mit Ausnahme einiger erregter Zwischen-rufe verlief die Versammlung ruhig. Bedauerlich ist es, daß aus dem Lager der Deutschdemokraten kein Debatte-redner anwesend war. Für den über dem politischen Parteigezänk stehenden Zuhörer war es ein interessanter Streit der Geister, die mithelfen wollen, dem Menschen-geschlechte das Himmelreich auf Erden zu bereiten, damit wir unser bürgerlich-erdendasein in Glückseligkeit durch-leben können. Wer nun den richtigen Weg weist, kann man zurzeit noch nicht sagen, das Eine ist aber sicher, und das möchten wir Herrn Grünberg ans Herz legen, daß durch kleinliche persönliche Verunglimpfungen der Gegner der Sache wenig oder gar nicht gedient wird.

sa-to.

\* Kommunismus im Vogtland? Aus Dresden wird gemeldet: Die vogtländischen Kommunisten verlangen die Ausrufung der Räterepublik Sachsen und gegebenen-falls die Lostrennung der Vogtlande von Sachsen und den Anschluß an Bayern, das jetzt zum Räteystem über-gegangen ist. Die Gefahr ist nicht zu unterschätzen, denn im ganzen Vogtlande ist infolge der dort herrschenden Arbeitslosigkeit in der Textilindustrie und infolge der schlechten Ernährung eine sehr unglückliche Stimmung. Der sächsische Ministerpräsident Dr. Gradnauer teilte auf Befragen mit, daß er trotz mancher Einzelercheinungen, z. B. in Plauen i. V., ein allgemeines Uebergreifen der Bewegung von Bayern aus auf Sachsen nicht befürchte. Auch im Reiche und namentlich in Berlin hat sich seiner Ansicht nach die Stellung der Regierung in erfreulicher Weise gefestigt.

\* Ministerpräsident Gradnauer und Kultusminister Bud werden voraussichtlich die Mandate zur National-versammlung niederlegen. Die außerordentliche Häufung von Amtsgeschäften in letzter Zeit macht es ihnen un-möglich, ihre Mandate in genügendem Maße auszuüben. An ihrer Stelle würden die Genossen Edmund Fischer und Bethke (Freiberg) in die Nationalversammlung ein-ziehen. Da aber Genosse Fischer wahrscheinlich wegen seiner Berufung in das Ministerium des Innern eben-falls nicht in der Lage sein wird, das Mandat ausüben zu können, würde neben Bethke Genossin Kurt (Dresden) Mitglied der Nationalversammlung werden.

\* Die Sächs.-Böhmische Dampfschiffahrts-Gesellschaft kann ihren Betrieb infolge Kohlenmangels in der nächsten Zeit noch nicht eröffnen. Man hatte allgemein mit einer Eröffnung der Fahrten zum bevorstehenden Osterfeste gerechnet. Wenn der Gesellschaft jedoch keine größeren Kohlenmengen zugewiesen werden, ist dies nicht möglich. Die Eröffnung der Personenschiffahrt ist nicht nur im Interesse der zahlreichen Elbortschaften und ihrer Be-wohner, sondern auch im Interesse der vielen Naturfreunde, die sich zu Ostern einen Dampferausflug gönnen wollen, dringend zu wünschen.

\* Die tschechische Regierung hat in ihrem Bestreben zur Entgermanisierung Deutschböhmens bereits ein Tsche-chifizierungsprojekt ausgearbeitet. Das neue tschechische Tagesblatt „Tribuna“ schreibt unter dem Titel „Bäderpolitik“:

In den Weltbädern Deutschböhmens eröffnet sich für die Tschechen eine neue Pflicht. Engländer, Amerikaner, Franzosen und Reichsdeutsche, die Jahr für Jahr in die deutschböhmisches Bäder kommen, um ihr Geld anzu-

bringen und für ihre Gesundheit zu sorgen, müssen schon in der nächsten Saison die Empfindung bekommen, daß sie im tschecho-slowakischen Staate sind, sie müssen die Vorstellung empfangen, daß sie sich in tschechischen Bädern befinden. Es ist Sache unserer Regierung, in taktvoller Weise die Metamorphose durchzuführen, und zwar so, daß es nur der verspürt, den es unmittelbar angeht. Die Weltkurorte in Deutschböhmen müssen während der Saison unser Boden werden. Solche Dinge lassen sich am besten und wirksamsten mit kulturellen Mitteln durchführen. Tschechische Theateraufführungen und tschechische Konzertprogramme. Die Gäste aus Amerika, England und Frankreich dürfen nicht erst nach den Tschechen suchen. Sie müssen überall tschechisches Wesen sehen und spüren. Die heute noch urdeutschen Weltbäder Karlsbad, Franzensbad und Marienbad müssen um jeden Preis zum internationalen Empfangsalon des tschechischen Staates hergerichtet werden. — Urdeutsch — das gibt das Tschechenblatt selbst zu — sind Karlsbad, Franzensbad und Marienbad. Und die Tatsache wird nicht aus der Welt gebracht, indem man den dortigen Fremden etwas anderes vor-schwindelt.

—\* Seit einer Woche ruht der Frachtverkehr mit Kohlen aus Böhmen auf der Elbe wieder völlig, da aus Deutschland infolge Streiks und Wagenmangels keine Steinkohlen geliefert werden können.

—\* Kriegsgefangenenpakete für Deutsche in Belgien. Kriegsgefangenenpakete an Deutsche in Belgien können, wie uns der Landesauschuss des Roten Kreuzes in Sachsen schreibt, über die Zollstation Escher (nördl. Antwerpen) versandt werden. Diese Zollstation hat von der belgischen Regierung die Anweisung erhalten, Pakete an Kriegsgefangene frei und ohne Formalitäten zuzulassen.

—\* Keine Reiseausweise mehr. Die Verpflichtung der Ausstellung von Ausweisakten bei Antritt einer Reise soll demnächst in Fortfall kommen, voraussichtlich noch vor dem Osterfeste. Diese Maßnahme erübrigt sich jetzt, nachdem die Zahl der in den Fahrplan eingestellten Züge vermehrt werden konnte und vom 1. Mai an noch mehr vermehrt werden wird.

—\* Pässe für Reisen nach Böhmen. Unter Hinweis auf die großen Schwierigkeiten und Zeitverluste, die damit verbunden sind, daß seit 24. März jeder Paß für eine Reise nach Böhmen vor der Grenzüberschreitung an

das Ministerium des Innern in Prag zur Billigung eingehandt werden muß, ist die Handelskammer Dresden beim Ministerium für auswärtige Angelegenheiten dahin vorstellig geworden, daß bis zur Errichtung eines tschecho-slowakischen Konsulates in Dresden ein Beamter der tschecho-slowakischen Regierung dem österreichischen Konsulat in Dresden für die Mitwirkung bei der Erteilung von Reisepässen beigegeben werde.

**Pirna.** Die Stadtverordneten nahmen in ihrer Dienstag-Sitzung für den zurückgetretenen Postleier Kaufmann die Erziehung vor. Vorgelegt wurden von bürgerlicher Seite Justizrat Dr. Flachs, von den Unabhängigen Stadt. Rostek. In drei Wahlgängen wurde eine Mehrheit nicht erzielt, so daß das Los entscheiden mußte. Es entschied für Justizrat Dr. Flachs, der die Wahl ablehnte, da er nicht die Mehrheit hinter sich habe. Auf Antrag der Unabhängigen wurde die Sitzung sodann vertagt. Die Demokraten hatten weiße Stimmzettel abgegeben.

**Niederpöritz.** Ein etwa 10 jähriges Mädchen wurde von der Straßenbahn überfahren und sofort getötet.

**Großschönau.** Der Schlosserlehrling Kurt Bender aus Burgstädtel bei Lockwitz ist während seiner Arbeit bei der Firma Kelle & Hilbrandt in Großlugau tödlich verunglückt.

**Heidenau.** Auf der Dohnaschen Straße wurde ein Kind im Alter von 6 Jahren durch einen Wagen überfahren und getötet.

**Seiffhensdorf.** Am Warnsdorfer Spitzberg wurde die Leiche eines jungen Mannes aufgefunden. Man hat in ihr den 1890 geborenen Handlungsgehilfen Hermann Preißer aus Großschönau erkannt. Es wird angenommen, daß er beim Ueberschreiten der Grenze von einem Grenzposten erschossen worden ist. Die Gendarmerie hat die nötigen Erörterungen eingeleitet.

**Postschappel.** Die Bahnhofswirtschaft soll vom 1. Juli ab anderweit auf 6 Jahre verpachtet werden.

**Meißen.** Am 1. April sind, um Beschäftigung für Arbeitslose im Bauhandwerk zu beschaffen, die Bauarbeiten zur Errichtung des neuen Beamtenwohngebäudes an der Dresdner Straße in Angriff genommen worden. Außer diesen Bauarbeiten sind seit einigen Tagen die Massenschlüttingsarbeiten am östlichen Ende des neuen Bahnhofs nach Ebnemitz zu wieder aufgenommen worden.

**Riesa.** Bei der Frau eines Outsbüßers in Rade-witz bei Glauch erschienen zwei Militärpersonen, welche von ihr Geld verlangten. Die Frau handigte den Männern 200 M. aus. Der Ehemann nahm später mit einigen anderen Männern die Verfolgung auf. Auf dem Elsdamm in Bromnitz gelang es, die Verbrecher zu fassen. Diese setzten ihrer Festnahme heftigen Widerstand entgegen, und im Verlauf des Kampfes machte der eine von ihnen von seiner Schußwaffe Gebrauch und verletzte den Stationschaffner August Stellmacher durch einen Schuß in den Leib schwer und den Eisenwerksarbeiter Oskar Böhm durch einen Schuß in den linken Oberarm leichter. Den Verbrechern gelang es nunmehr, zu entkommen. Der eine lief nach der Elbe und hat den Versuch unternommen, den Fluß zu durchschwimmen und das andere Ufer zu erreichen. Bei diesem Vorhaben hat er den Tod in der Elbe gefunden. Des zweiten Verbrechers konnte man bisher noch nicht habhaft werden.

**Leipzig.** Nun ist auch die Einrichtung des früheren königl. Schlosses in Leipzig, dessen Räume der kommenden Messe als Ausstellungszwecke dienen sollen, unter den Hammer gekommen. Am letzten Montag 10 Uhr begann die für mehrere Tage angelegte Versteigerung der Einrichtungsgegenstände im Auftrage des Hausmarschall-amtes. Zur Versteigerung kommen antike Kunst- und Gebrauchsmöbel in allen Holz- und Stilkarten, darunter reich eingelegte und geschnitzte Möbel, ein weißer 22teiliger Louis XVI.-Salon mit rotseidenen Polsterbezügen, neun wundervolle stilreine Kristallkristalle, ferner antike Stühle, Stühle und Raminuhren und größere Posten Stores, Gardinen usw.

**Plauen.** Festgenommen wurden von der Kriminal-polizei in Hof i. B. die beiden Spitzbuben, die in den Geschäften von Gustav Thorn und Alfred Nürnbergergold- und Silberwaren, Uhren usw. im Gesamtwerte von etwa 27000 M. gestohlen hatten. Die Verhafteten stehen im 19. Lebensjahr und heißen Oskar Bachmann und Walter Kohlbach. Beide sind fahnenflüchtige Soldaten.

**Delsitz i. B.** Um Errichtung einer staatlichen Kraftwagenlinie von Delsitz nach Rosbach i. B. petitionieren die Stadtbehörde, die Amtshauptmannschaft und der Bezirksauschuß Delsitz. Die Petition ist dem Finanzausschuß B zugewiesen worden.

# Sachsen, schützt die Grenzen unseres Freistaates!

Herbei Kameraden zum Schutze Eurer Familien, Eurer Eltern, von Haus und Herd! Sorgt für Ordnung und Sicherheit innerhalb des Staatsgebietes durch Meldung zu den Freiwilligen-Grenzjägerabteilungen. Mobile Gebühnisse und eine tägliche Zulage von 5 Mark, freie Unterbringung, Verpflegung und Ausrüstung. Mannschafts-Verpflegungsgesetz und Militär-Hinterbliebenengesetz finden Anwendung. Kragenabzeichen: Das historische Horn der sächsischen Jäger, silbern, umschlungen von Eichen- und Lorbeerzweigen. 50 % aller Kompanie-Offizierstellen können mit Unteroffizieren besetzt werden. Meldungen persönlich oder schriftlich. Die nächste Meldestelle befindet sich in Pirna bei Major Voigtländer-Regner, Gasthof „Sächsischer Hof“, Ramenzer Straße 10.

Anmeldeformulare bei jeder Gemeindebehörde und Stadtverwaltung.

## Sächsische Freiwilligen-Grenzjägerabteilungen

- Nr. 1 in Königswartha.
- Nr. 2 in Weissenberg.
- Nr. 3 in Pockau-Lengsfeld.
- Nr. 4 in Lommatzsch.

# Pioniere!

Wollt ihr allein zurückstehen, wenn es gilt, das sächsische Vaterland zu schützen? Die Abteilung hat für alle Dienstgrade noch viele Stellen offen. Meldet Euch bei der

## Pionier-Abteilung 3 der Grenzjäger-Abteilung 3 in Pockau-Lengsfeld.

Eingestellt werden Angehörige der Pionier- und Minenwerfer-Formationen. Meldungen schriftlich oder mündlich bei der Verbeurteilung der Freiwilligen Grenzjäger-Abteilung 3 in Pockau-Lengsfeld oder bei den in allen größeren Städten eingerichteten Grenzjäger-Verbestellen. Militärpapiere (Paß und Nationale) sind mitzubringen.

**Fiedler,**

Hauptmann und Führer der Pionier-Abt. 3, (im Felde: 3. Inf.-Pion.-Komp. 12, Minenwerfer-Komp. 23, Pionier-Bataillon 142).

# Versteigerung!

Montag, den 14. April, vorm. von 11 Uhr an, gelangen in G o r t s i c h im Gasthaus zur Erholung zur freiwilligen Versteigerung:

Div. Tische, Stühle 3 Sofas, Kommoden, Kleiderschränke, 1 eiserne und 3 Bettstellen mit Matratzen, 1 Schlafzimmer-Einr., 1 Obstpresse, 1 Tesching, 6 mm. mit Munition, 1 photogr. Apparat, 1 Badewanne u. a. m.

Suche für mein Waschmittel (Wasch-Paste) gen. 2604 einen

General-Vertreter.

Darnoc-Werk, Versand-Abt. Erich Wolschke, Dresden-A., Münchenerstr. 9.

# Flaschen,

nur Rot-, Weißwein- und Sektflaschen, 10 Pfg., Altpapier u. Zeitungen kauft O. Fleischer, Fischers Rest. am Markt.

Rum, Cognak, Kaffee und andere Artikel kaufe gegen Kasse aus erster Hand. Angebote unter L. P. 20 an die Sächsische Elbzeitung.

**Hand-Wagen** kauft Otto Baldauf, Postplatz.

**Zu verkaufen:** Zwei Läden, ein guter Tisch, 2 Handtücher, 1 Schirmständer, 1 Kinderkorb m. Gestelle, 2 Waschtücher und 1 Paß, 2 Bettstellen ohne Matratzen, 1 Spiegel, mehrere Bilder, 1 fast neue Hänge-lampe, 3 Schirm-Lampen, 1 Küchenbank.

Oswald Seliger.

**Emaillierter Waschkessel** mit Kohlenfeuerung zu verkaufen. Gaswerk Schandau im Laden = Geschäft, Poststr.

# Landhaus,

nahe dem Kurhaus, ist sofort oder später zu verpachten oder ständig zu vermieten. Auf Wunsch zum Teil möbliert.

Parterre: 4 Zimmer u. Küche. 1. Etage: 5 Zimmer, Küche und Zubehör, Garten.

Zuschriften erbeten unter „R. F. 15“ an die Geschäftsstelle der Sächsischen Elbzeitung.

## Hausgrundstück

— in gutem Zustande — schön gelegen an der Straße, herrliche Ausichten, steht sofort zum Verkauf. Näheres durch die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Wir suchen für Ostern einen Sohn achtbarer Eltern als

## Schriftsetzer-Lehrling

unter günstigen Bedingungen. Sächsische Elbzeitung.

Jüngerer

## Postillion,

der mit Pferden umzugehen weiß, kann

sofort eintreten. Posthalterei Schandau.

Noch eine ständige

Bedienung für Saal gesucht. Zu erfragen in der Geschäftsstelle der Sächsischen Elbzeitung.

**Beluchskarten** werden schnell angefertigt. Sächs. Elbz.

## Dienstmädchen,

welches kinderlieb ist, zum 15. 4. oder 1. 5. bei hohem Lohn

gesucht. Fr. Patzsch, Königstein, Schandauer Str. 153 c.

**Mietverträge** hält vorrätig d. Geschäftsstelle der Sächs. Elbz.

Anlässlich unserer Hochzeit sind uns von allen Seiten trotz der schweren Zeiten so viele Aufmerksamkeiten und Geschenke zugegangen, daß wir uns gedungen fühlen, hierdurch allen herzlichst zu danken.

Altendorf, den 4. April 1919.

Paul Hering nebst Frau geb. Eysold.

# Kriegsbeschädigte!

Freitag, den 11. April, abends 1/2 8 Uhr: **Versammlung im Hotel Anker am Markt.** Jeder muss kommen!

**A. Engelhardt, Schandau, Poststraße**  
Fernspr. 283. Uhren, Gold- und Silberwaren Fernspr. 283. empfiehlt  
Konfirmationsgeschenke in reicher Auswahl — MODERNE SCHMUCKSACHEN — in massiv Gold und Silber :: Brillantringe

**Trauerbriefe u. Trauerkarten** fertigt schnell an a. Sächs. Elbz.

# Scheiben-Gardinen

in großer Auswahl

empfiehlt

## Clemens Junghanns,

Inh.: Otto Heidrich.

**Schals- u. Doppelkopflisten, Skatblocks** empfiehlt die Buchdruckerei Sächs. Elbz.

**Für jede Gelegenheit passend** sei Ihnen als Geschenk für Ihre Lieben der **Buch-Roman** empfohlen. Unsere Geschäftsstelle und die Austräger geben Ihnen gern weitere Auskunft über Art und Preis.